

Inklusion kommt ...

Neu erschienen: „Teilhabe in Zeiten verschärfter Ausgrenzung?“

von der FORUM-Redaktion

Inklusion kommt. So lassen die drei Herausgeber – Wittig-Koppe, Bremer und Hansen – des in diesem Jahr neu erschienenen Buches „Teilhabe in Zeiten verschärfter Ausgrenzung“ ihr Vorwort beginnen. In 14 Beiträgen beschäftigen sich verschiedene AutorInnen aus sehr unterschiedlicher Perspektive mit den unterschiedlichen Aspekten der allorts postulierten „Inklusion“.

Spätestens seit der Ratifizierung der UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen gehören die Grundsätze einer inklusiven Teilhabe behinderter Menschen, so die HerausgeberInnen, „zum *state of the art* einer zeitgemäßen Politik.“ Sie plädieren dafür, den derzeitigen Zustand unserer Gesellschaft unter der Fragestellung zu untersuchen, ob er Inklusion behindert oder befördert. Inklusion, die ja nicht mehr und nicht weniger bedeute, als dass Menschen „in ihrem Anderssein ihren selbstverständlichen, gleichberechtigten Raum in der Gesellschaft finden“, stelle die Frage nach der Art und Weise, wie wir in dieser Gesellschaft leben wollen. Eine Frage, die „angesichts von Finanz-, Wirtschafts-, und diverser anderer Krisen vielleicht den Tatsachen unseres Lebens viel näher ist als alle neoliberalen Antworten“ (Seite 8).

Mit Unterschiedlichkeiten umgehen

Die AutorInnen stellen fest, dass die wesentlichen Grundlagen für einen inklusiven Umgang mit ausgegrenzten Menschen und Gruppen, nämlich „Werte wie Solidarität, Gastfreundschaft, Teilhabe, Bürgerengagement, Selbstbestimmung in der derzeitigen Wirklichkeit unserer Gesellschaft nicht selbstverständlich sind“. Aber genau diese Werte müssen „gestärkt werden, wenn Inklusion für Menschen mit Behinderung mög-



lich sein soll“. Trotz der also schwierigen Bedingungen sind sie zuversichtlich: „Inklusion kommt, wenn genügend Menschen sie wollen!“ Zurzeit bestehe allerdings die Gefahr, dass das Paradigma Inklusion „missbraucht wird, um Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderung zu reduzieren und um so die Kosten des Sozialstaates zu senken“ (ebenda).

Inklusion und Integration sind nicht das gleiche. Aber was genau trennt nun die Inklusion von der seit vielen Jahren und gegenüber MigrantInnen, benachteiligten sozialen Milieus, „Behinderten“, SchulschwänzerInnen und anderen gesellschaftlichen AußenseiterInnen geforderten und (auch gesetzlich) proklamierten Integration? Der wesentliche Unterschied liegt darin, dass der Begriff der Integration das Ziel hat und die Möglichkeit voraussetzt, eine Minder-

heit in das bestehende „Normale“ aufzunehmen und einzugemeinden. Dabei wird Integration keineswegs nur als Recht, als Angebot und Auftrag an die Mehrheitsgesellschaft gegenüber ihren Ausgeschlossenen verstanden, sondern durchaus auch als Forderung an diese Gruppen selbst zur kulturellen Anpassung (Sprachtests als Bedingung zum Familiennachzug, Kopftuchverbot, Ablehnung türkischer Gymnasien in Deutschland etc.). Der Begriff der Inklusion dagegen macht das Recht des Einzelnen und das Prinzip der akzeptierten Vielfalt – ohne Kategorisierung von Menschen in unterschiedliche Problemgruppen – zum Ausgangspunkt und besteht ausdrücklich auf die unterschiedlichen Ausdrucksformen menschlichen Seins.

Auf diese Differenzierung geht Michael Wunder in seinem Beitrag „*Inklusion – nur ein neues Wort oder ein anderes Konzept*“ ein. Anhand der UN-Konvention für die Rechte Behinderter Menschen verdeutlicht Wunder die Unterschiede der Paradigmen Integration und Inklusion: „*Dem Konzept der Inklusion liegt der Gedanke der vorbehaltlosen und nicht weiter an Bedingungen geknüpften Einbezogenheit und Zugehörigkeit Aller in der Gesellschaft zu Grunde. Das Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen, ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe, ihrer Leistung, ihrer ethischen Zugehörigkeit oder ihrer Behinderung. Der Inklusionsbegriff geht gedanklich von der Gemeinschaft Aller in einer Region oder einer Lokalität aus, die allerdings innerlich differenziert und vielgliedrig ist. In der Folge wird immer von Heterogeni-*

Spätestens seit der Ratifizierung dieser UN-Konvention gehören die Grundsätze einer inklusiven Teilhabe „zum *state of the art* einer zeitgemäßen Politik.“

tät, von Vielfalt, von diversity der Zusammensetzung in Wohnquartieren, in Schulklassen oder in Arbeitsstätten ausgegangen. Nicht von zwei oder mehreren Gruppen wie bspw. den Behinderten oder Nichtbehinderten, den Migranten oder Nichtmigranten usw.“ (M. Wunder, Seite 25)

Wie inklusive Strukturen in diesem Sinne zu gestalten sind erläutert Wunder am Beispiel der Ressourcenzuordnung für Grundschulen (vgl. dazu auch H. Wocken: „Die Ressource folgt dem Schüler – Kritik der diagnosegeleiteten Integration“ in FORUM 2/2010). Es sei, so Wunder, ein entscheidender Unterschied, ob entsprechende Ressourcen für einzelne Kinder mit entsprechendem „ausgewiesenem Förderbedarf“ bewilligt würden, oder ob solche Ressourcen für die Schule insgesamt zugewiesen werden, um der Erfahrung Rechnung zu tragen, dass auch die „anderen“ Kinder durchaus besondere Förderung brauchen: „Eine inklusive Gesellschaft überwindet die Besonderung bestimmter Klientelgruppen, auch ihre Spaltung in mehr oder weniger geförderte Gruppen. (...) Inklusion wendet sich gegen jede Form gruppenspezifischer Kategorisierungen.“ (S. 27)

Auf den Weg machen ... inkluisiver werden

In einem anderen praxisbezogenen Beitrag macht Ingmar Steinhart Vorschläge zur Umsetzung des Inklusionsparadigmas und fordert konkrete Schritte: „Die Zeichen gesellschaftlicher Entwicklung sind zurzeit eher auf Exklusion gerichtet, gleichwohl entwickelt sich eine Bewegung in Richtung der Stärkung des gesamtgesellschaftlichen Systems zur Überwindung dieses Trends zur Exklusion und zur Befähigung der Gesamtgesellschaft zu mehr Inklusion.(Dabei)



sollte niemand im aktuellen Hilfesystem „vergessen“ werden oder gar zu Schaden kommen (S. 20).

Unter der Überschrift: *Neoliberales Inklusionsregime – über simulierte Inklusion und repressive Ent-Exkludierung* verweisen Jürgen Schiedeck und Martin Stahlmann auf Inklusionsfallen. Wenn Inklusion nur die Anerkennung der individuellen Verschiedenheit einfordere, öffne sie sich unreflektiert einem neoliberalen Denken, das Individualisierung verbindet mit Deregulierung und dem freien Spiel des Marktes (S. 78).

Den Blick auf den europäischen Diskurs zur Inklusion richten Birgit Görres und Christian Zechert auf Seite 87. Sie berichten über einige Projekte in Nachbarländern, die zum Ziel haben, Tabus, Stigmata und Vorurteile gegenüber psychisch erkrankten Menschen zu verringern. Dass der Sozialraum nicht das heile Wohnzimmer ist, in das nun auch Menschen mit Behinderung eintreten dürfen, macht Sandra Landhäußer deutlich. Unter Verweis auf empirische Untersuchungen stellt sie fest, dass gerade sozial benachteiligte Menschen im Ge-

meinen am wenigsten über soziales Kapital verfügen. Damit entstehe die Gefahr, dass bei dem Verweis auf informelle Netzwerke soziale Ungleichheit verschleiert werde (S. 121). Ernst von Kardorff wendet sich einem zweiten für Inklusion wichtigen gesellschaftlichen System zu: der Erwerbsarbeit. Auf Seite 129 warnt er davor, Teilhabe am Arbeitsleben allein auf die Teilhabe an Erwerbsarbeit auf dem Arbeitsmarkt zu reduzieren. Er verweist auf die vielfältigen Formen von gesellschaftlichen anerkannten Tätigkeitsformen in zivilgesellschaftlichen Projekten und Initiativen, die auch für Menschen mit Behinderung gesellschaftliche Teilnahme ermöglichen.

Das Buch ist eine kritische Bestandsaufnahme der Debatte und kann erfolgreich zur weiteren Diskussion anregen. Die AutorInnen greifen das Paradigma Inklusion engagiert auf, verweisen auf erkennbare Gefahren und stellen zukunftsweisende Fragen.

Holger Wittig-Koppe, Fritz Bremer und Hartwig Hansen: „Teilhabe in Zeiten verschärfter Ausgrenzung? Kritische Beiträge zur Inklusionsdebatte“ Paranus Verlag der Brücke Neumünster 2010, 177 Seiten, Ladenpreis 19,80 Euro, ISBN 978-3-940636-10-2

Dem Konzept der Inklusion liegt der Gedanke der vorbehaltlosen Einbezogenheit und Zugehörigkeit Aller in der Gesellschaft zu Grunde.